



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
am 30. Januar 2018
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Aglaja Beyes (L&P)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen Drucksachenlisten 01/18 + 02/18

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Es fehlte:

Stv. Güler

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0001 Tagesordnung

1. Die Beratungsfolge wird entsprechend der Anwesenheit der Fachdezernenten umgestellt.
2. Die Tagesordnung wird um den Antrag von SPD und CDU zu Punkt 4 „Entwicklung von „Ordnungsamt-Online“, „Law & Order-App“ sowie einer „Knöllchen-App“ für Bürger“ ergänzt.
3. Ansonsten bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

0002 18-F-08-0005

Sachstandsbericht "Zeitgemäßes ,Politisches Informationssystem Wiesbaden (PIWi)
- Antrag L&P vom 24.01.2018 -

Stadtkämmerer Imholz ist zu diesem Punkt anwesend und bestätigt, dass man im Dezember 2017 eigentlich fertig sein wollte. Es sei allerdings eine Testphase vorgeschaltet. Zudem hätte es personelle Engpässe gegeben, so dass sich alles um ca. 10 Monate nach hinten verschiebt.

Stv. Sobek fragt, ob denn die für das Projekt vorgesehenen 300.000 € noch zur Verfügung stehen. Dies wird bestätigt.

Nach eingehender Diskussion wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen und der Antrag als durch Aussprache für erledigt angesehen.

Einstimmig

0003 17-F-21-0088

Freies WLAN an öffentlichen Plätzen
- gem. Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 12.09.2017 -

Auch zu diesem Antrag ist Stadtkämmerer Imholz anwesend.

Es wird eingehend diskutiert, warum die Ortsbeiräte befragt wurden, wann eine Gesamtliste erstellt werden kann, welche Prioritäten es geben wird, ob Auftragsvergaben vor Genehmigung des Haushalts möglich sind, ob Restmittel zugesetzt bzw. verwendet werden können, ob der Ausschuss das Ganze beschleunigen kann usw.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 30. Januar 2018

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Letztendlich fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Unter Bezugnahme auf den Beschluss des Ausschusses Nr. 0073 vom 07.11.2017, in dem der Magistrat gebeten wird, zunächst unter anderem an 10 Standorten im Innenstadtbereich kostenlos zu nutzende WLAN-Anschlüsse zur Verfügung zu stellen, wird der Magistrat gebeten,

zu prüfen, welche Möglichkeiten es unter Beachtung aller rechtlichen Vorgaben gibt, das Verfahren zur Ausstattung mit kostenlosen WLAN-Anschlüssen bereits vor Genehmigung des Haushalts 2018/2019 zu beschleunigen.

Bei dieser Prüfung ist auch die Möglichkeit zu prüfen, ob Restmittel aus dem Vorjahr zur Umsetzung des Projekts eingesetzt werden können.

Einstimmig

0004 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 12.12.2017 wird genehmigt.

Einstimmig

Die Anträge zu „Ordnungsamt-Online“ werden gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt.

0005 17-F-10-0035

Entwicklung von "Ordnungsamt-Online", "Law & Order-App" sowie einer "Knöllchen-App" für Bürger
- Antrag der AfD-Fraktion vom 12.12.2017 -

Stv. Wernergold begründet den Antrag.

Beide Anträge werden sowohl im Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik, als auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten, wobei der Haupt- und Finanzausschuss der federführende, also letztlich entscheidende Ausschuss ist.

Es wird diskutiert, ob Aufgaben aus dem Bereich der Ordnungsbehörde überhaupt auf die Bürgerschaft „übertragen“ werden können. Der Datenschutz spielt bei der Diskussion eine große Rolle.

Bürgermeister Dr. Franz weist zudem auf die unterschiedlichen Zuständigkeitsbereiche hin (Verkehrsüberwachung, Ordnungsamt, Umweltamt, ELW usw.).

Der Antrag der AfD wird wie folgt abgestimmt:

gegen AfD abgelehnt

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0006 18-F-33-0001

Entwicklung von "Ordnungsamt-Online", "Law & Order-App" sowie einer "Knöllchen-App" für Bürger
- Antrag von SPD und CDU vom 30.01.2018 -

Stv. Apel begründet den Antrag.

Der Ausschuss fasst folgenden, um Ziffer 4 (Antrag Bündnis90/Die Grünen) ergänzten Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1. zu prüfen, ob die Einführung einer Smartphone-App zur Meldung von Verkehrsordnungswidrigkeiten sinnvoll ist und zu erläutern, welche Anforderungen eine solche App erfüllen müsste, um die Arbeit der kommunalen Verkehrspolizei zu erleichtern und zu unterstützen. Dabei sollte sichergestellt sein, dass die App-Nutzer keine anonymen Anzeigen abgeben können und die übermittelten Informationen auch geeignet sind, um eine Ordnungswidrigkeit wirklich zu belegen und weiter verfolgen zu können.*
- 2. Ausgehend von den Überlegungen zu 1. zu ermitteln, ob in anderen Kommunen bereits bestehende Systeme verwendet werden, die von Seiten der Stadt Wiesbaden übernommen werden könnten.*
- 3. darzulegen, welche Kosten bei der Einführung eines solchen Systems entstehen würden.*
- 4. Der Magistrat wird des Weiteren gebeten zu prüfen, welche Schwierigkeiten im Bereich des Datenschutzes in Verbindung mit einer solchen App bestehen könnten und wie man diesen Schwierigkeiten begegnen kann.*

Beide Beschlüsse des Ausschusses werden dem Haupt- und Finanzausschuss zu seiner Sitzung am 31.01.2018 zugeleitet.

Einstimmig angenommen

0007 18-F-02-0001

Speed Capture Stationen in Behörden
- Antrag der CDU-Fraktionen vom 10.01.2018 -

Stv. Denzer begründet den Antrag.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen L&P bei Enthaltung Stv. Apel + Altintop-Nelson angenommen

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0008 17-F-33-0008

Wiesbadener Sehenswürdigkeiten digital erfahren
- gem. Antrag von SPD und CDU vom 05.10.2017 -

Zum schriftlichen Bericht legt Stv. Denzer Fragen vor, die die Geschäftsstelle Dezernat III zuleiten wird.

Der schriftliche Bericht wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

0009 16-A-56-0002

Berichterstattung Stabsstelle Bürgerbeteiligung

Frau Kotzke berichtet. Der Bericht wird der Geschäftsstelle digital zugeleitet und dann den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

0010 17-V-20-0051

Investitionscontrolling 3. Quartal 2017

Protokollerklärung von L&P:

Die Fraktion L&P kritisiert die späte Vorlage der Quartalsberichte, die mit vier Monaten Verzögerung eine zeitnahe Reaktion unmöglich machen.

Gegen L&P

0011 17-V-30-0014

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Rambach/Sonnenberg

Einstimmig

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 30. Januar 2018

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0012 17-V-30-0016

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK I (Mainz-Kastel/Amöneburg).

Einstimmig

0013 Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird das Wort nicht gewünscht.

Anlagen

Wiesbaden, .02.2018

Vorsitzende

Schriftführerin

Beyes

Koba